

**Asylbewerber klagt wegen langer Wartezeit; Migration Ein somalischer Flüchtling will vor dem Osnabrücker Verwaltungsgericht erreichen, dass nach über einem Jahr sein Asylantrag entschieden wird. Der Flüchtlingsrat empfiehlt dem Bundesamt für Migration, sich überflüssige Verfahren zu sparen**

taz, die tageszeitung

Mittwoch 14. Oktober 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 25

**Length:** 745 words

**Byline:** Gernot Knödler

**Highlight:** **Migration** Ein somalischer **Flüchtling** will vor dem Osnabrücker Verwaltungsgericht erreichen, dass nach über einem Jahr sein **Asylantrag** entschieden wird. Der **Flüchtlingsrat** empfiehlt dem Bundesamt für **Migration**, sich überflüssige Verfahren zu sparen

## Body

---

von Gernot Knödler

Weil er schon seit mehr als einem Jahr auf die Entscheidung seines **Asylantrages** wartet, hat ein Schutzsuchender aus Somalia beim Verwaltungsgericht Osnabrück Klage eingereicht. Trotz mehrfacher Bitten habe das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) das Verfahren nicht ausreichend vorangetrieben, erklärte eine Sprecherin des Gerichts.

Kai Weber vom niedersächsischen **Flüchtlingsrat** zeigte Verständnis für das Bundesamt. Es sei wegen der **Flüchtlingswelle** überfordert. Um für Entlastung zu sorgen, empfahl Weber dem Amt, sich auf die eigentlichen **Asylverfahren** zu konzentrieren und sich weitere, bürokratisch aufwändige Prüfungen im Rahmen des Dublin-Abkommens oder des Widerrufsverfahrens zu sparen.

Zur Frage, welche Wartezeit zumutbar ist, gibt es nach Angaben der Gerichtssprecherin noch keine Entscheidung eines Oberverwaltungsgerichts oder des Bundesverwaltungsgerichts. Allerdings hätten sich in erster Instanz bereits Verwaltungsgerichte in verschiedenen Städten mit ähnlichen Fällen befasst.

Nach Angaben des Flüchtlingsrats gehören Flüchtlinge aus Somalia zu den Gruppen, die lange einer Entscheidung harren müssen. Die Leute warten oft 30 Monate und länger auf ein Verfahren, sagt Weber. Das ist unerträglich. Priorität aus Sicht des Bundesamtes hätten Flüchtlinge vom Balkan, aus Syrien oder dem Irak, die mit einer schnellen Anerkennung rechnen können oder mit einer schnellen Ablehnung, sagt Weber.

Asylbewerber klagt wegen langer Wartezeit Migration Ein somalischer Flüchtling will vor dem Osnabrücker Verwaltungsgericht erreichen, dass nach über einem Jahr ....

Somalier mussten laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken 2014 im Durchschnitt neun Monate auf einen Bescheid warten, SyrerInnen und Angehörige religiöser Minderheiten aus dem Irak sieben Monate; PakistanerInnen mit 16 Monaten am längsten. Der Durchschnitt lag bei sieben Monaten. SomalierInnen gehörten 2014 mit 57 Prozent zu den Flüchtlingen, die am häufigsten gegen ihren Bescheid klagten.

Einer Klage gegen das Bundesamt wegen Untätigkeit hat unter anderen das Verwaltungsgericht Regensburg im Mai stattgegeben. In dem Fall hatte eine afghanische Familie seit fast zwei Jahren auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag gewartet.

Die andauernde Arbeitsüberlastung des Bundesamtes könne kein Grund dafür sein, den Asylantrag nicht zu entscheiden, urteilte das Gericht. Die Kläger hätten laut Grundgesetz einen Anspruch, dass das Bundesamt sie anhöre und in angemessener Frist entscheide. Das Gericht verpflichte das Amt, das Verfahren binnen drei Monaten zu entscheiden.

Für seine Überforderung ist das Bundesamt aus Sicht des Flüchtlingsrates zum Teil selbst verantwortlich. Die Flüchtlingsräte fordern, dass das sehr aufwändige Dublin-Verfahren auf Eis gelegt wird, sagt Weber. Durch das Verfahren, mit dem Schutzsuchende an den Staat überstellt werden, über den sie in die EU eingereist sind, sei Deutschland per Saldo nur die Zuständigkeit für 2.500 Flüchtlinge losgeworden.

Ähnlich sinnlos sei die im August wieder eingeführte Möglichkeit, Aufenthaltsverbote zu erteilen, und das Widerrufsverfahren, bei dem Asylbescheide systematisch nach drei Jahren überprüft würden. In anderen Ländern seien die Asylverfahren nicht zuletzt deshalb kürzer, weil sie sich nicht so viele überflüssige Verfahren leisteten.

Wir könnten mehr Fälle entscheiden, wenn sich das Bamf auf sein Kerngeschäft, die Asylverfahren, beschränken würde, sagt Weber. Dass sich ein anderer Teil des Bundesamtes mit seinen gut 3.000 MitarbeiterInnen mit anderen Dingen, etwa der Integration, befasse, sei dabei unbenommen.

Mit dem Nachtragshaushalt 2015 hat das Amt 1.000 zusätzliche Stellen für den Asylbereich erhalten. Im September waren bereits über 600 BewerberInnen ausgewählt, bis Ende November sollten alle Stellen besetzt sein. Dann würden 450 Asyl-BearbeiterInnen mehr als 2014 an den Entscheidungen arbeiten. Daneben werde auch Personal zur Annahme der Asylanträge benötigt.

#### Asylverfahren

Dauer: 2014 haben nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge 44 Prozent der Asylverfahren länger als sechs Monate gedauert, 30 Prozent länger als ein Jahr.

Anzahl: 2010 waren bei der Bundesbehörde 23.000 Verfahren anhängig, 2013 waren es 96.000, im vergangenen Jahr 169.000 und im ersten Halbjahr 2015 rund 238.000.

Entschieden hat das Amt 2010 rund 48.000, 2013 rund 81.000, im Jahr darauf 129.000 und im ersten Halbjahr 2015 rund 114.000 Verfahren.

Anerkannt als Flüchtlinge wurden 26 Prozent im Jahr 2014 und 35 Prozent 2015. Asylberechtigt waren davon nach Artikel 16 GG 2014 1, 8 Prozent, 2015 waren es 1,1 Prozent.

**Load-Date:** October 13, 2015

**Die Rechte der Anderen; Asyl Mit Willkommen werben, mit Gesetzen abschotten: Ohne Beratung kommen Flüchtlinge nicht zu ihrem Recht. In vielen Fällen wird das erst vor Gerichten erkämpft Schwerpunkt SEITE 43**  
**45**

taz, die tageszeitung

Samstag 06. August 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** NORD AKTUELL; S. 53

**Length:** 572 words

**Byline:** Jean-Philipp Baeck

## **Body**

---

**Asyl** Mit Willkommen werben, mit Gesetzen abschotten: Ohne Beratung kommen **Flüchtlinge** nicht zu ihrem Recht. In vielen Fällen wird das erst vor Gerichten erkämpft Schwerpunkt SEITE 43 45

von Jean-Philipp Baeck

Mit Unterstützung und gegen kräftige Widerstände: So lautet die einmütige Antwort unabhängiger ExpertInnen auf die Frage, wie Flüchtlinge in Deutschland zu ihrem Recht kommen. Engagierte Beratungsstellen oder Migrationsrechts-AnwältInnen können gegensteuern beim erniedrigenden Termin vor der Ausländerbehörde, der rechtswidrigen Abschiebehaft oder dem Umzug zu Frau und Kind, den die Behörde rechtswidrig verzögert. Und vor allem: im Asylverfahren gegen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, deren Ergebnis über den weiteren Lebensweg entscheidet.

Klar: Auch bei Steuer-, Renten- oder Hartz-IV-Bescheiden kann der Rat von ExpertInnen nicht schaden. Eine überhöhte Nachzahlungsforderung allerdings ist etwas anderes als in ein Kriegsgebiet zurück zu sollen.

Je niedriger der soziale Status, desto nötiger der Beistand gegen staatliche Organe. Flüchtlinge und MigrantInnen treffen auf einen Paragraphen-Wust in fremder Sprache, auf Rechte, mit denen der Staat seine Abschottung organisiert.

Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz, Integrationsgesetz. Kaum ein anderer Rechtsbereich ist so vielen gesetzgeberischen Schnellschüssen je nach politischer Konjunktur unterworfen.

Das zeigt das Beispiel im Umgang mit syrischen Flüchtlingen: Noch im Jahr 2015 wurde insgesamt 101.137 Syrern der Flüchtlingsstatus zuerkannt. Weil eine politische Verfolgung allgegenwärtig und allein ihre Flucht vom Assad-Regime als regimfeindlich interpretiert wird. Nur 61 Menschen erhielten einen niedrigeren, sogenannten

Die Rechte der Anderen Asyl Mit Willkommen werben, mit Gesetzen abschotten: Ohne Beratung kommen Flüchtlinge nicht zu ihrem Recht. In vielen Fällen wird das ers....

subsidiären Schutz , der besagt, dass allgemein in ihrem Herkunftsland Bürgerkrieg herrscht. Ganz anders im ersten Halbjahr 2016: Von 136.975 AsylbewerberInnen aus Syrien erhielten 19.172 einen subsidiären Schutz ein enormer Anstieg, der sich zeitlich klar ausmachen lässt: seit März 2016. Keineswegs aber ist Syrien im April sicherer geworden. Vielmehr trat das Asylpaket II in Kraft, das für den Status subsidiärer Schutz anders als beim Flüchtlingsstatus den Familiennachzug für zwei Jahre aussetzt. Um die Flüchtlingsströme besser zu bewältigen , wie die Bundesregierung informiert.

Wir raten durchweg zur Klageerhebung , sagt der Osnabrücker Migrationsrechtler Henning J. Bahr. Das Migrationsrecht sei so überlagert von politischen Interessen, dass eine rechtliche Beratung unumgänglich sei.

Noch im April 2016 suchte das Bundesamt in einer Stellenanzeige nach AnwältInnen zur Vorbereitung für Asylentscheidungen, explizit ohne Kenntnis auf diesem Rechtsgebiet um eine Interessenkollision zu vermeiden, wie der Spiegel schrieb. Herauskommt, was herauskommen soll: Ein Asylantrag gilt da etwa als offensichtlich unbegründet bei einem Afghanen, dessen Vater bei den Sicherheitsbehörden beschäftigt und dessen ganze Familie von den Taliban bedroht ist.

Das Recht muss sich erkämpft werden. 2015 gab es bei 280.000 Entscheidungen über Asylanträge rund 72.000 Klage-, Berufungs- oder Revisionsverfahren.

Lediglich aber 900 MigrationsrechtlerInnen sind beim Deutschen Anwaltsverein registriert. Viel zu wenig. Seit dem 1. März nun gibt es nach jahrelangen Bemühungen einen neuen Fachanwalt für Migrationsrecht . Das könnte fachlichen Nachwuchs bescheren. Doch es bleibt ein ungleicher Kampf.

**Load-Date:** August 5, 2016

## Ein humaneres Modell für Asylbewerber?; Dänemark Die neue Regierung in Kopenhagen will Asylanträge auch außerhalb des Landes ermöglichen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 30. November 2016

Copyright 2016 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** MEINUNG UND DISKUSSION; S. 11

**Length:** 478 words

**Byline:** Reinhard Wolff

**Highlight:** Dänemark Die neue Regierung in Kopenhagen will Asylanträge auch außerhalb des Landes ermöglichen

### Body

---

Stockholm taz | Mehrere Flüchtlingshilfeorganisationen und MigrationsforscherInnen haben es vorgeschlagen und im letzten Jahr auch der damalige Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt: Flüchtlinge sollten ihren Asylantrag nicht erst nach Einreise in die EU-Staaten, sondern schon außerhalb der EU-Grenzen stellen können. Nun hat Dänemarks neue Regierung angekündigt, sich für die Verwirklichung eines solchen Modells einsetzen zu wollen. Ziel sei es, den Druck von den europäischen Außengrenzen zu nehmen und den Schmugglern ihr Handwerk legen.

Die Regierung will zusammen mit gleichgesinnten europäischen Partnern für ein System arbeiten, bei dem man Asyl von einem Drittland aus und nicht erst an den EU-Binnengrenzen sucht, heißt es im Programm der Koalition aus Rechtsliberalen und Konservativen. Von 88 Seiten widmen sich allerdings gerade einmal sechs Zeilen dem neuen Asylsystem. Natürlich ist mir klar, dass das eine Menge Fragen aufwirft, betonte die altneue Migrationsministerin Inger Støjberg. Ohne aber viel konkreter zu werden: Asylbewerber, die Geld und andere bessere Voraussetzungen haben, sollen eben keine Vorteile gegenüber den anderen haben, und den Menschenhändlern soll die Grundlage für ihr zynisches Geschäftsmodell entzogen werden. Die Flüchtlingskrise des vergangenen Jahres habe zur Genüge demonstriert, dass es notwendig ist, an einer besseren Lösung als der bisherigen zu arbeiten, erklärte Støjberg.

Eigentlich sei das ein grundsätzlich positiver Ansatz, meint Thomas Gammeltoft-Hansen, Forschungsdirektor am schwedischen Raoul Wallenberg Institut für Menschenrechte, der ein scharfer Kritiker der dänischen Abschottungspolitik war. Entscheidend sei allerdings, wie Kopenhagen ein solches System praktisch umsetze. Grundvoraussetzung sei, dass die reichen Länder in viel größerem Maße die Transit- und Nachbarländer entlasten müssten, die jetzt die Hauptlast von Flucht und Migration tragen. Die EU müsse ein funktionierendes gemeinsames Aufnahmesystem entwickeln und unter dem Strich werde dann beispielsweise Dänemark vermutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen. Was seiner bisherigen Asylpolitik völlig widersprechen würde.

Ein humaneres Modell für Asylbewerber? Dänemark Die neue Regierung in Kopenhagen will Asylanträge auch außerhalb des Landes ermöglichen

Von einem sympathischen Gedanken spricht Andreas Kamm, Generalsekretär der Flüchtlingsorganisation Dansk Flygtningehjælp : Aber wie soll das praktisch gehen? Voraussetzung sei eine Solidarität innerhalb der EU, an der es bislang völlig fehle: Das wird eine verdammt lange Warteschlange geben.

Martin Lemberg-Pedersen, der an der Universität Aalborg über globale Fluchtbewegungen forscht, lehnt den Vorschlag ab: er sei schlimmer als heiße Luft . Mit den aus Europa ausgelagerten Asylbehörden solle offenbar der Schutz durch die bisherigen nationalen Asylrechtssysteme ausgehebelt werden.

Reinhard Wolff

Ein System, bei dem man Asyl von einem Drittland aus sucht

**Load-Date:** November 29, 2016

**Politik will Flüchtlingen ans Taschengeld THEMA DES TAGES; Asylbewerber  
Der Chef des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, unterstützt  
Innenminister Thomas de Maizière bei der Forderung, Flüchtlinge vom  
Balkan nicht länger 143 Euro monatlich in bar auszuzahlen**

taz, die tageszeitung

Montag 17. August 2015

Copyright 2015 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



**Section:** AKTUELLES; S. 2

**Length:** 663 words

**Byline:** Daniel Bax

**Highlight:** Asylbewerber Der Chef des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, unterstützt Innenminister Thomas de Maizière bei der Forderung, Flüchtlinge vom Balkan nicht länger 143 Euro monatlich in bar auszuzahlen

## Body

---

von Daniel Bax

Berlin taz | Kann man Asylbewerber vom Balkan rechtlich schlechterstellen als Antragsteller aus anderen Ländern? Das befürwortet der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmidt. Denn wenn jemand nur nach Deutschland komme, um hier staatliche Leistungen zu erhalten, könnten ihm diese laut Gesetz gekürzt werden, sagte Schmidt der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Statt Geld könne man insbesondere an Asylbewerber vom Balkan auch Fahrscheine oder Gutscheine ausgeben, regte Schmidt an.

Der Behördenchef sprang damit seinem Dienstherrn Thomas de Maizière (CDU) zur Seite. Der Bundesinnenminister hatte vorgeschlagen, Flüchtlingen das Taschengeld zu kürzen. Dabei hatte er vor allem Flüchtlinge vom Balkan im Blick, die kaum eine Chance auf politisches Asyl haben. Die Höhe unserer Asylbewerberleistungen ist teilweise höher als ein Erwerbseinkommen in Albanien und Kosovo, hatte de Maizière vorgerechnet. Bei Sozialverbänden, der Opposition und der SPD stieß der Vorstoß auf scharfe Kritik.

Die Flüchtlingsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), sagte, de Maizière erwecke den falschen Eindruck, Flüchtlinge stünden enorme Geldsummen zur Verfügung. In Wirklichkeit reiche das Taschengeld von 4,64 Euro pro Tag gerade mal für Telefonate, Fahrkarten oder eine Zeitung. Es sei eine Lebenslüge, dass sich der Zustrom von Flüchtlingen über die Höhe der Leistungen begrenzen ließe, kritisierte Grünen-Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt. Linke-Fraktionschef Gregor Gysi bezeichnete den Vorschlag als Schikane. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sprach von Stimmungsmache, Pro Asyl von Populismus in der Sommerpause. Unterstützung erhielt de Maizière dagegen von den Kommunen. Es sollte geprüft werden, ob das deutsche Asylsystem zu viele

Politik will Flüchtlingen ans Taschengeld THEMA DES TAGES Asylbewerber Der Chef des Bundesamts für Migration, Manfred Schmidt, unterstützt Innenminister Thomas ....

Anreize biete, heißt es in einem Forderungskatalog des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, der am Samstag publik wurde.

Wie viel Bargeld ein Flüchtling erhält, hängt davon ab, wie lange er im Land ist. In den ersten drei Monaten leben Flüchtlinge gewöhnlich in Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen es vorrangig Sachleistungen gibt. Zusätzlich erhalten sie dort ein Taschengeld von 143 Euro im Monat. Werden sie nach drei Monaten auf die Kommunen verteilt, werden Asylbewerbern vorrangig Bargeldleistungen gewährt. Dabei erhalten Alleinstehende 216 Euro im Monat, was zusammen mit dem Taschengeld 359 Euro ergibt. Erst nach 15 Monaten stehen ihnen Leistungen auf dem Niveau der Sozialhilfe zu. Mit dem Geld von einem drei- oder viermonatigen Aufenthalt ließ sich das Leben im Herkunftsland neun oder zehn Monate lang bestreiten , sagte Behördenchef Manfred Schmidt trotzdem. Dies sei womöglich ein Grund, warum viele Asylbewerber vom Balkan nach einer Ausreise kurze Zeit später wieder nach Deutschland eingereist seien.

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) plädierte dafür, nach Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina weitere Länder in der Region zu -sicheren Herkunftsstaaten zu erklären. 30 bis 40 Prozent der Asylbewerber kommen aus den Ländern des westlichen Balkans und hätten keine Chance auf Anerkennung auf Asyl , sagte der SPD-Politiker der Bild am Sonntag. Diese Lage ist so nicht haltbar. Steinmeier sprach sich außerdem für schnellere Abschiebungen aus.

Außenminister Steinmeier (SPD) plädiert für mehr sichere Herkunftsstaaten

Tod im Laderaum

Menschen erstickt: Mindestens 50 Flüchtlinge sind im Mittelmeer im Laderaum eines Fischerbootes erstickt. Mehr als 300 Menschen sind laut italienischer Marine gerettet worden.

Schiff überladen: Das überladene Schiff geriet vor der libyschen Küste südlich der italienischen Insel Lampedusa in Schwierigkeiten. Die Migranten waren vermutlich im Laderaum eingeschlossen, wo sie wahrscheinlich an Treibstoffabgasen erstickten.

Schreckliches Bild: Ein schreckliches Bild, das die Besatzung schwer getroffen hat: Dutzende Leichen im Laderaum angehäuft , sagte der Kapitän des Rettungsschiffs.

**Load-Date:** August 16, 2015